

Pro und Contra:

FDP will gesetzliche Krankenversicherung abschaffen

Die FDP will mit der Forderung nach einer umfassenden Neuordnung der Krankenversicherung in den Bundestagswahlkampf ziehen. Die FDP strebe eine Pflicht zur Versicherung für alle Bürger bei privaten Anbietern an, bestätigte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Daniel Bahr, einen Bericht der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. Auf diese Weise könne die Finanzierung der Krankenversicherung stärker auf eine Basis von angespartem Kapital umgestellt werden, sagte Bahr der Deutschen Presse-Agentur dpa.

Die umlagefinanzierte gesetzliche Krankenversicherung sei in heutiger

Form nicht zukunftsfähig. Mit einer entsprechenden Vorlage wolle sich die FDP-Fraktion an diesem Dienstag befassen, sagte Bahr. Die FDP tritt seit Längerem für die Privatisierung des gesamten Krankenversicherungssystems ein. Den heutigen gesetzlichen Kassen will die Partei eine Umwandlung in private Versicherungen ermöglichen. Bahr betonte, nötig werde ein sozialer Ausgleich für jene, die die Prämien nicht zahlen könnten. Zunächst müsse der Gesundheitsfonds rückgängig gemacht werden. Fehlanreize gebe es etwa beim Finanzausgleich zugunsten der Kassen mit vielen Kranken.

Die Bundesärztekammer sieht in dem

Vorschlag der FDP eine mögliche Alternative zum Gesundheitsfonds. Ärztepräsident Jörg-Dietrich Hoppe sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, der Gesundheitsfonds sei „kein wirksames Instrument zur nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitswesens, sondern der Systemwechsel in die Einheitsversicherung mit Einheitsmedizin zu Dumpingpreisen“. Wenn die FDP vor diesem Hintergrund einen Neuanfang fordere, sei dies „der richtige Ansatz“. Allerdings müsse das Konzept noch im Detail betrachtet werden. Auch der Freie Verband Deutscher Zahnärzte lobt den FDP-Antrag: „Der eingereichte Antrag der FDP-Bundestagsfraktion auf komplette Neufassung des SGB V ist mutig, aber dringend notwendig, weil längst überfällig“, kommentiert der Bundesvorsitzende des FVDZ Dr. Karl-Heinz Sundmacher. „Endlich findet mal jemand im Deutschen Bundestag den Mut, sich dem nunmehr acht Jahre andauernden Kollektivierungskurs der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt entgegenzustellen.“ Sundmacher weiter: „Die gesamte Struktur der gesetzlichen Krankenkasse ist nicht zukunftsfähig. Die erfolglose und deshalb zunehmend verzweifeltere und immer rigorosere Gesetzesfummerei der letzten acht Jahre zeigt das überdeutlich. Darum muss, wer ein finanzierbares und stabiles Gesundheitswesen will, an der Grundlage, dem Sozialgesetzbuch V, ansetzen und dieses komplett ändern. Die FDP hat den richtigen Ansatz, wir unterstützen das.“ Der Sozialverband Deutschland nannte die Vorschläge der FDP hingegen „unseriös und unverantwortlich“. „Wer die gesetzliche Krankenversicherung abschaffen will, rüttelt in unverantwortlicher Weise an den Grundfesten des Sozialstaats“, sagte Verbandschef Adolf Bauer.

Auch die Barmer Ersatzkasse ist gegen eine Abschaffung. Der Vorsitzende Johannes Vöcking kritisiert, die Abschaffung der gesetzlichen Kassen wäre „ein Programm gegen den sozialen Frieden in unserem Land, weil viele Bürger ihrer unverzichtbaren sozialen Sicherheit beraubt würden.“ (dpa/FVDZ)

